S 1 BA 23/22

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Niedersachsen-Bremen Sozialgericht Sozialgericht Lüneburg Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 1 BA 23/22 Datum 07.11.2022

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum -

In dem Rechtsstreit

A. B., C. D., E. F.

â□□ Kläger â□□

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte G. und H., I. J., K. L.

gegen

M., vertreten durch die GeschĤftsfļhrung, N., O.

â□□ Beklagte â□□

hat die 1. Kammer des Sozialgerichts LÃ $\frac{1}{4}$ neburg am 7. November 2022 gemÃ $\frac{2}{4}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG) durch den Richter am Sozialgericht P. fÃ $\frac{1}{4}$ r Recht erkannt:

- 1.) Der Bescheid der Beklagten vom 13.09.2021 und der Wider-
- Â spruchsbescheid vom 12.04.2022 werden aufgehoben
- 2.) Die Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens.

Â

Tatbestand

Streitig ist eine Beitragsforderung i. H. v. insgesamt 6.036,36 \hat{a}_{\Box} , die im Rahmen einer Betriebspr \tilde{A}_{4} fung gem. \hat{A}_{5} 28 \hat{A}_{7} p Viertes Buch Sozialgesetzbuch (= SGB IV) \hat{A}_{4} r den Zeitraum vom 01.01.2017 \hat{a}_{\Box} 31.12.2020 nacherhoben wurde.

Der KlĤger betreibt ein landwirtschaftliches Unternehmen. Fļr die Ernte beschĤftigt er SaisonarbeitskrĤfte aus osteuropĤischen LĤndern.

Ab dem 20.05.2021 fýhrte die Beklagte beim Kläger eine BetriebsprÃ⅓fung gem. § 28 p SGB IV durch. Im Rahmen der BetriebsprÃ⅓fung legte der Kläger hinsichtlich der streitgegenständlichen Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer Q., R. und S. T. jeweils ein von diesen ausgefÃ⅓llten und unterschriebenen zweisprachigen Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht/-freiheit vor. Auf diesem Formular haben die Betroffenen jeweils angegeben, dass sie in ihrem Heimatland â∏Hausfrau/Hausmannâ∏ seien. Die Antwort war von ihrer Heimatgemeinde jeweils abgestempelt worden. Vor dem Unterschriftsfeld befindet sich in den Fragebögen die folgende Erklärung: â∏lch versichere, dass ich sämtliche Angaben in diesem Vordruck nach besten Wissen gemacht habe. Mir ist bekannt, dass Â wissentlich falsche Angaben zu einer strafrechtlichen Verfolgung fÃ⅓hren könnenâ∏.

Nach Durchführung einer Anhörung mit Schreiben vom 27.05.2021 forderte die Beklagte mit dem **Bescheid vom 13.09.2021** vom Kläger Beiträge i. H. v. insgesamt 6.036,36 â☐¬ nach. Darin enthalten waren Säumniszuschläge i. H. v. 1.153,30 â☐¬. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass im Prüfzeitraum die Arbeitnehmer Q. (03.09.2018 â☐☐ 24.10.2018), R. (01.09.2020 â☐☐ 28.10.2020) und U. (27.09.2017 â☐☐ 30.10.2017) unzutreffenderweise versicherungs- und beitragsrechtlich im Rahmen von versicherungsfreien geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen angemeldet und abgerechnet worden seien. Der Kläger als Arbeitgeber sei fälschlicherweise davon ausgegangen, dass keine BerufsmäÃ☐igkeit i. S. des <u>§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV</u> vorgelegen habe. Die Arbeitnehmer hätten zwar im Fragebogen den Status â☐☐Hausmannâ☐☐ angegeben. Die persönliche Lebens- und Erwerbssituation der jeweiligen Arbeitnehmer werde jedoch durch das Ankreuzen des Feldes â☐☐Hausmannâ☐☐ nicht hinreichend belegt. Im Ã☐brigen seien die

Beschäftigungen der Arbeitnehmer Q. und V. schon deshalb berufsmäÃ∏ig ausgeübt worden, weil die Beschäftigungszeiten im Laufe eines Kalenderjahres insgesamt mehr als 3 Monate oder 70 Arbeitstage betragen hätten.

Mit dem hiergegen erhobenen Widerspruch wurde geltend gemacht, dass nicht nachzuvollziehen sei, wie Beklagte zu der Annahme gelange, dass die Arbeitnehmer W. und X. im Laufe eines Kalenderjahres mehr als 3 Monate oder 70 Arbeitstage beschäftigt gewesen sein. Im Ã∏brigen ergebe sich aus der Statuserklärung der früheren Mitarbeiter jeweils eindeutig, dass diese ausschlieÃ∏lich Hausmänner gewesen seien. Dieser Umstand sei sogar durch die jeweils Ķrtlich zustĤndige polnische Kommunalbehörde bestätigt worden. AuÃ∏erdem habe der Kläger alles in seiner Macht Stehende unternommen, um aufzuklĤren, ob seine Mitarbeiter Â berufsmäÃ∏ig tätig seien. Er habe dies insbesondere mit sämtlichen Arbeitnehmern im Einzelnen besprochen und sich von diesen jeweils glaubhaft versichern lassen, dass diese ausschlie̸lich als Hausmann tätig seien. Es sei nicht im Ansatz erkennbar gewesen, dass die früheren Mitarbeiter des KlĤgers falsche Angaben gemacht hĤtten. Nach der ober- und höchstrichterlichen Rechtsprechung sei die Behörde beweisbelastet, dass die Mitarbeiter berufsmäÃ∏ig tätig waren. Bereits im Anhörungsverfahren sei geltend gemacht worden, dass entsprechend dem Urteil des Sozialgerichts (= SG) Freiburg vom 19.08.2020 (Az: S 12 BA 265/18) vorliegend nicht von einer BerufsmäÃ□igkeit der Arbeitskräfte ausgegangen werden könne. Somit habe Versicherungsfreiheit vorgelegen. Auch die Voraussetzung fýr die Erhebung von Säumniszuschlägen seien nicht erfüllt. Der Widerspruch wurde mit dem Widerspruchsbescheid vom 12.04.2022 zurĽckgewiesen. Zur Begrľndung wurde im Wesentlichen Folgendes ausgefļhrt:

Versicherungsfrei ist unter anderem, wer eine kurzfristige Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nummer 2 SGB IV ausübt. Eine kurzfristige Beschäftigung liegt vor, wenn die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens 2 Monate oder 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist. Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nicht mehr vor, wenn die Beschäftigung berufsmäÃ \Box ig ausgeübt wird und das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung 450,00 â \Box ¬ monatlich überschreitet. In der Zeit vom 01.01.2015 bis zum

31.12.2018 galten abweichend 3 Monate statt 2 Monate und 70 Arbeitstage anstatt von 50 Arbeitstagen ($\frac{\hat{A}\S}{115}$ SGB IV).

Die Beurteilung ob die Voraussetzung einer versicherungsfreien Beschäßtigung vorliegen, ist vom Arbeitgeber zu Beginn der jeweiligen Beschäßtigung vorzunehmen. Gemäßäß 8 Abs. 1 S. 1 Nr. 9 Beitragsverfahrensverordnung (= BVV) hat der Arbeitgeber die fä $\frac{1}{4}$ r die Versicherungsfreiheit und die Befreiung von der Versicherungspflicht maägebenden Angaben in die Entgeltunterlagen aufzunehmen und Unterlagen darä $\frac{1}{4}$ ber zu den Entgeltunterlagen zu nehmen ($\frac{1}{4}$ § 8 Abs. 1 Nummer 1 BVV). Daneben gehä $\frac{1}{4}$ ren nach $\frac{1}{4}$ § 8 Abs. 2 Nr. 6 BVV auch die Niederschrift nach $\frac{1}{4}$ § 2 des Nachweisgesetzes sowie nach Nr. 7 auch die Erkläßrung des kurzfristig geringfä $\frac{1}{4}$ 9ig Beschäßtigten $\frac{1}{4}$ 4ber weitere kurzfristige

BeschĤftigungen zu den vorzulegenden Entgeltunterlagen. Bei den ausländischen Saisonarbeitnehmern gehört neben dem Fragebogen zur Feststellung der Versicherungspflicht/Versicherungsfreiheit auch die ErklĤrung für kurzfristig geringfügig Beschäftigte über weitere kurzfristige BeschÄxftigung zu den erforderlichen Unterlagen. Mit diesem Fragebogen wird nachgewiesen, zu welcher Personengruppe (Arbeitnehmer, Arbeitsloser, Hausmann, etc.) der betreffende Arbeitnehmer gehĶrt und somit auch, ob die BeschĤftigung gegebenenfalls berufsmäÃ∏ig ausgeübt wird. Dieser muss jedoch bereits bei Beschäftigungsbeginn vollständig ausgefüllt und unterschrieben vorliegen, damit vorausschauend Â geprüft werden kann, ob die Voraussetzung eine versicherungsfreie BeschĤftigung erfļllt werden. Die Prüfung der BerufsmäÃ∏igkeit ist anhand von Indizien zu prüfen. Eine kurzfristige Â Beschäftigung die von einer Person, die grundsätzlich dem Personenkreis der ErwerbstĤtigen zuzuordnen ist, ausgeļbt wird, ist immer als berufsmäÃ∏ig anzusehen. Entgegen der Annahme des WiderspruchsfÃ⅓hrers liegt nach den GrundsÄxtzen der BSG-Rechtsprechung die Beweislast fÄ1/4r den Nachweis der Versicherungsfreiheit beim Arbeitgeber, soweit er sich darauf beruft. Â Sofern ein Arbeitgeber zum Zeitpunkt der Aufnahme der Beschäftigung davon ausgeht, dass deutsches Recht nicht anzuwenden sei, hätte er die Zahlung von Beiträgen der polnischen Â Sozialversicherungsrecht überprüfen müssen, sofern nicht eindeutige Unterlagen vorliegen. Eine derartige Prüfung erfolgte nichtâ∏¦.

Wenn ein Arbeitnehmer falsche oder unzureichende Angaben bei der Aufnahme einer Beschäftigung macht, kann dies nicht zu Lasten der Sozialversicherung gehen. Generell haben Arbeitgeber neben der Ã□berprÃ⅓fung der korrekt und vollständig ausgefÃ⅓llten Fragebögen der Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich bzgl. Vorbeschäftigungszeiten bei der Einzugsstelle zu informieren.

Hinsichtlich der Arbeitnehmer W. und X. wurde jeweils ausgeführt, dass sich während der Betriebsprüfung herausgestellt habe, dass diese vor der Beschäftigungsaufnahme beim Kläger bereits eine Beschäftigung in einem anderen landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt hätten. Somit liege bei diesen Arbeitnehmern Versicherungspflicht bereits wegen Ã□berschreiten der Kurzfristigkeit vor. Aus Datenschutzgrþnden sei eine Weitergabe oder Veröffentlichung des Namens des Arbeitgebers nicht möglich.

Soweit es den Arbeitnehmer Y. betrifft, habe dieser einen Fragebogen verwendet, der am 31.08.2020 nicht mehr gýltig gewesen sei. Vielmehr sei seit März 2020 ein aktualisierter Fragebogen zu verwenden, in dem explizit gefragt werde, wovon der Lebensunterhalt tatsächlich bestritten werde. Herr Y. habe zwar angegeben, seit 2005 Hausmann zu sein. Es seien aber während der Betriebsprüfung wie auch im Anhörungsverfahren keine entsprechenden Unterlagen eingereicht worden, wovon er seinen Lebensunterhalt bestreite. Somit sei weiterhin von BerufsmäÃ∏igkeit auszugehen. Der Kläger sei daher seinen Aufzeichnungspflichten nach der BVV nicht nachgekommen und habe somit billigend in Kauf genommen, dass Sozialversicherungsbeiträge nicht bzw. nicht in korrekter Höhe ermittelt und abgeführt werden könnten. Es liege somit kein

objektiver Nachweis für das Bestehen von Versicherungsfreiheit vor, sodass die geforderten Beiträge nachzuentrichten seien. Auch die Voraussetzungen für die Â Êrhebung von Säumniszuschlägen seien erfüllt. Dies wäre nur dann nicht der Fall gewesen, sofern der Beitragsschuldner glaubhaft gemacht habe, dass er unverschuldet keine Kenntnis von der Zahlungspflicht gehabt habe. Diesen Nachweis habe er jedoch nicht erbracht. Er habe sich dabei das Verschulden seines Steuerberaters zurechnen zu lassen.

Hiergegen haben die Prozessbevollm \tilde{A} ¤chtigten des Kl \tilde{A} ¤gers am 20.05.2022 beim SG L \tilde{A} ¼neburg Klage erhoben. Mit dem Schriftsatz vom 22.06.2022, eingegangen am 23.06.2022, hat die \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} Beklagte die Verwaltungsakte \tilde{A} ¼bersandt.

Mit dem Schreiben vom 27.07.2022 hat die Kammer die Beklagte darauf hingewiesen, dass die Berufung auf die Beweis- und Feststellungslast erst dann m \tilde{A} ¶glich ist, wenn sich nach Aussch \tilde{A} ¶pfung aller Ermittlungsm \tilde{A} ¶glichkeiten keine entsprechenden Feststellungen treffen lassen. Die Beklagte selbst habe jedoch keine eigenen Ermittlungen vorgenommen und habe daher bei Zugrundelegung ihrer eigenen Beweisma \tilde{A} \tilde{a} st \tilde{a} be bei der Bescheiderteilung gegen das Verbot des vorzeitigen Verfahrensabschlusses versto \tilde{A} \tilde{a} en. Auf die M \tilde{a} \tilde{a}

Im Schriftsatz vom 25.08.2022 vertrat die Beklagte die Auffassung, dass ihre Ermittlungen ausreichend gewesen seien. Bei der in Bezug genommenen Entscheidung des SG Freiburg, die im ̸brigen noch nicht rechtskräftig sei, habe es sich um eine Einzelfallentscheidung gehandelt. Mit diesem Schriftsatz wurden auch im Wesentlichen geschwärzte Unterlagen übersandt, die nach Auffassung der Beklagte als Beleg dafür anzusehen seien, dass die Arbeitnehmer Â X. und W. im streitigen Zeitraum auch in anderen Arbeitsverhältnissen standen.

Der ProzessbevollmÄxchtigte des KlÄxgers beantragt,

Â

 $\hat{A} \; \hat{A} \; \hat{A} \; den \; Bescheid der Beklagten vom 13.09.2021 und den$

 $\hat{A} \hat{A} \hat{A}$ Widerspruchsbescheid vom 12.04.2022 aufzuheben.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

Â Â die Klage abzuweisen.

Â

Der Entscheidung lagen die Gerichtsakten und die Akten der Beklagten zugrunde. Auf ihren Inhalt wird Bezug genommen.

Â

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die zulĤssige Klage ist begründet. Die angefochtene Entscheidung ist rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten. Sie war daher aufzuheben.

Nach $\frac{\hat{A}\S}{131}$ Abs. 5 S. 1 und 2 Hs. 1 Sozialgerichtsgesetz (= SGG) kann das Gericht, ohne in der Sache selbst zu entscheiden, einen Verwaltungsakt und den Widerspruchsbescheid aufheben, wenn es weitere Sachaufkl \tilde{A} ¤rung f \tilde{A} 1 4 r erforderlich h \tilde{A} ¤lt, die noch erforderlichen Ermittlungen nach Art oder Umfang erheblich sind und die Aufhebung auch unter Ber \tilde{A} 1 4 cksichtigung der \tilde{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} Belange der Beteiligten sachdienlich ist. Diese Voraussetzungen sind hier erf \tilde{A} 1 4 Ilt:

Gem. § 20 Abs. 1 S. 1 SGB X ermittelt die Behörde den Sachverhalt von Amts wegen. Zwar bestimmt grundsätzlich die Behörde die Art und den Umfang der Ermittlungen, wobei sie an die Beweisanträge der Beteiligten nicht gebunden ist (§ 20 Abs. 1 S. 2 SGB X). Dies kann jedoch nicht dazu führen, dass sie die Ermittlungstätigkeit â☐ aus welchen Gründen auch immer â☐ in unzulässiger Weise verschlankt. Sie hat vielmehr alle für den Einzelfall bedeutsamen Umstände zu berücksichtigen (§ 20 Abs. 2 SGB X) und darf das Verfahren erst abschlieÃ☐en, wenn die Sach- und Rechtslage vollständig geklärt ist (Verbot des vorzeitigen Verfahrensabschlusses, vgl. Siefert in von Wulffen/Schütze, Kommentar zum SGB X, 8. Aufl., § 20 Rz. 12, m. w. N.).

Dies war hier jedoch nicht der Fall. Mit dem angefochtenen Bescheid hat die Beklagte fÃ 1 / 4 r die dort nÃ 2 her bezeichneten Arbeitnehmer BeitrÃ 2 ge und SÃ 2 umniszuschlÃ 2 ge i. H. v. insgesamt 6.036,36 â 1 2 nachgefordert, weil sie davon ausging, dass diese fÃ 2 lschlicherweise als versicherungsfrei eingeordnet worden seien. Gem. Â 2 8 Abs. 1 SGB IV liegt eine geringfÃ 2 / 4 gige â 1 1 und damit versicherungs- und beitragsfreie â 1 1 BeschÃ 2 ftigung vor, wenn

Â

1.) das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäÃ∏ig im Monat 450,00 â∏¬

ÂÂÂÂ nichtÃ⅓bersteigt,

Â

2.) die BeschĤftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf lĤngstens 2 Monate

 \hat{A} \hat{A} \hat{A} oder 50 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus

Â vertraglich begrenzt ist, es sei denn, dass die Beschäftigung berufsmäÃ<u>□ig</u>

Â ausgeübt wird und ihr Entgelt 450,00 â□¬ im Monat übersteigt.

Â

Streitig ist vorliegend im Wesentlichen, ob die in dem angefochtenen Bescheid in Bezug Â genommenen Arbeitskräfte ihre Beschäftigung berufsmäÃ∏ig ausgeübt haben. Eine solche Feststellung konnte bzw. kann hier jedoch nicht getroffen werden, da aus den Angaben der jeweiligen Saisonarbeitskräfte in den Entgeltunterlagen und im Fragebogen sowie aus den sonstigen Umständen eine BerufsmäÃ∏igkeit jedenfalls derzeit nicht abgeleitet werden kann.

So reichen Indizien für die Feststellung von Versicherungspflicht bzw. -freiheit grundsÄxtzlich nicht aus. Vielmehr mļssen die einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen im Vollbeweis belegt sein. Es gibt auch keine Beweisregel, nach dem eine kurzfristige BeschĤftigung, die von einer Person, die grundsätzlich dem Personenkreis der Erwerbstätigen zuzuordnen ist, ausgeübt wird, immer als berufsmäÃ□ig anzusehen sei. Vielmehr sind die Voraussetzungen im Einzelfall zu prüfen, wobei nach den vom BSG aufgestellten GrundsÃxtzen die Feststellungslast (Beweislast) den Arbeitgeber nur hinsichtlich der RegelmäÃ∏igkeit i. S. der Nr. 1 des <u>§ 8 Abs. 1 SGB IV</u> und des Grundtatbestandes der Nr. 2 des <u>§ 8 Abs. 1 SGB IV</u> (Unterschreiten der darin genannten Zeitgrenzen) trifft. Demgegenüber trägt der Versicherungsträger die Feststellungslast fþr die BerufsmäÃ∏igkeit, die im Rahmen eines Streits um die Versicherungspflicht nach <u>§ 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV</u> eine die Geringfýgigkeit möglicherweise ausschlie̸ende und damit den angefochtenen Beitragsbescheid stützende Tatsache darstellt (BSG, Urt. v. 11.05.1993 â∏ 12 RK 23/91 â∏SozR 3-2400 § 8 Nr. 3, SozR 3-2200 § 441 RVO Nr. 1, Rz. 25). Dies ergibt sich bereits aus der Formulierung $\hat{a} \square \square es$ sei denn $\hat{a} \square ! \hat{a} \square \square$, die als Generalindikator f $\tilde{A}^{1/4}$ r eine ge \tilde{A} nderte Beweislast dient. Vor diesem Hintergrund nimmt die Kammer die Ausfļhrungen der Beklagten zur Feststellungslast der BerufsmĤÃ∏igkeit mit Erstaunen zur Kenntnis, zumal in dem in ihrer Akte befindlichen Urteil des SG Freiburg vom

19.08.2020 (S 12 BA 252/18) die einschlägigen Grundsätze ausfählhrlich dargestellt wurden. Auch aus dem im Widerspruchsbescheid zitierten Urteil des Landessozialgerichts (= LSG) Niedersachsen-Bremen vom 19.12.2018 (Az. <u>L 2 BA</u> 36/18) ergibt sich nichts Anderes. Im Gegenteil: darin wurde vielmehr herausgehoben, dass bei dem Personenkreis der HausmĤnner und Hausfrauen die Feststellung, ob die Saisonarbeit in Deutschland berufsmĤÃ∏ig oder nicht berufsmäÃ∏ig ausgeübt wird, nur einzelfallbezogen anhand der jeweiligen persönlichen Lebens- und Erwerbssituation getroffen werden kann. Das LSG $f\tilde{A}^{1}/4$ hrt weiter aus, dass eine entsprechende Angabe (= Hausmann/Hausfrau) nicht zwingend so verstanden werden müsse, dass der Betroffene auÃ∏erhalb der zu beurteilenden AushilfstÄxtigkeiten keiner anderen beruflichen TÄxtigkeit nachgehe, sondern lediglich die Annahme nahelegen könne, dass er sich ausschlieÃ∏lich der Haushaltsführung, der Kindererziehung oder der Betreuung pflegebedürftiger Angehörigen widmen würde. Aus dem genannten LSG-Urteil ergibt sich daher keine Abweichung von den oben genannten GrundsÄxtzen. Es wird lediglich ausgeführt, dass eine pauschale Einordnung nicht möglich ist und auf die Umstände des jeweiligen Einzelfalls abzustellen ist.

Weiterhin ist zu beachten, dass die Berufung auf die objektive Beweis- und Feststellungslast erst dann må¶glich ist, wenn sich nach Ausschå¶pfung aller ErmittlungsmĶglichkeiten keine entsprechenden Feststellungen treffen lassen (St. Rspr., vgl. BSG, Urt. v. 08.09.2010 â ☐ B 11 AL 4/09 R; Böttiger/Waschull in Diering/Timme, Kommentar zu SGB X, 4. Aufl. 2016, § 20 SGB X, Rz. 29, m. n. N.). Hiervon abzuweichen besteht für den Bereich der Betriebsprüfungen i. S. von § 28 p SGB IV kein Anlass. Da die Behörde â∏∏ wie ausgeführt â∏∏ die Art und den Umfang der Ermittlungen selbst bestimmt, steht es ihr grundsÄxtzlich frei, den Angaben der ArbeitskrĤfte in den FragebĶgen Glauben zu schenken. Sofern sie dies jedoch nicht für angezeigt hält, muss sie â∏ auch wenn sie die Ansicht vertritt, dass den KlĤger die Feststellungslast fļr das Kriterium der BerufsmäÃ∏igkeit trifft â∏ die von ihr für erforderlich gehaltenen Ermittlungen selbst durchführen bzw. nachholen. Dies ist hier jedoch nicht erfolgt, so dass die Beklagte â∏ bei Zugrundelegung ihrer eigenen BeweismaÃ∏stäbe â∏ bei der Bescheiderteilung gegen das Verbot des vorzeitigen Verfahrensabschlusses versto̸en hat.

Es kommt somit nicht darauf an, ob der Kläger seine Aufzeichnungspflichten verletzt hat. Entscheidend ist vorliegend vielmehr, dass die vom LSG Niedersachsen-Bremen fþr erforderlich gehaltene Einzelfallprþfung von der Beklagten auch nicht ansatzweise durchgeführt wurde. Es ist insbesondere nicht erkennbar, dass die Beklagte insoweit an die o. g. Saisonarbeitskräfte oder an irgendeine andere Stelle herangetreten ist, um den Sachverhalt weiter aufzuklären.

Es handelt sich insbesondere in Ansehung des Arbeitnehmers Y. um einen vollständigen Ermittlungsausfall (vgl. Sächsisches LSG, Urt. v. Â 26.10.2005 â∏ L 6 SB 36/05; LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v 14.06.2006 â∏ Â L 4 SB 24/06).

Dies wäre im Ã□brigen nach den o. g. Beweisgrundsätzen auch dann erforderlich gewesen, wenn der Kläger seine Aufzeichnungspflichten verletzt hätte bzw. den

falschen Fragebogen benutzt hat. Es ist allerdings nicht erkennbar, dass der Kläger dergestalt gegen Aufzeichnungspflichten verstoÃ∏en hat, dass dies eine Umkehr der Beweislast gerechtfertigt hÄxtte. Zwar hat der Arbeitgeber gem. <u>ŧ 8</u> Abs. 1 S. 1 Nr. 9 BVV in den Entgeltunterlagen in Bezug auf den BeschĤftigten die für die Versicherungsfreiheit oder Befreiung von der Versicherungspflicht ma̸gebenden Angaben aufzunehmen. Er kann dazu auch seine Arbeitnehmer dazu anhalten, die hierzu Â herausgegebenen Fragebögen ordnungsgemäÃ∏ auszufüllen. Darüber hinaus bietet jedoch <u>§ 8 BVV</u> bzw. das Gesetz keine ausreichende Grundlage, den Arbeitgeber zu komplexen rechtlichen Wertungen und weiteren umfangreichen Ermittlungen zu verpflichten. Die Beklagte kann insbesondere einem Arbeitgeber nicht die Vorgabe machen, bestimmten Angaben seiner Â Â Â Â Â Â Â A Arbeitnehmer von vorneherein keinen Glauben zu schenken. Die Kammer hĤlt dies zum einen fļr eine unzulĤssige, vorweggenommene Beweiswürdigung und zum anderen in Bezug auf osteuropĤische ArbeitskrĤfte für diskriminierend. Ohne eine eindeutige und klare Rechtsgrundlage ist es au̸erdem einem Arbeitgeber nicht gestattet, die privaten LebensumstĤnde seiner Arbeitnehmer auszuforschen. Ebenso wenig ist der Arbeitnehmer verpflichtet, dem Arbeitgeber seine persĶnlichen VerhĤltnisse zu offenbaren. Sofern die Beklagte an dem Wahrheitsgehalt der Â Â Â A Angaben der Saisonarbeitnehmer Zweifel hat, liegt es vielmehr ausschlie̸lich in ihrem Kompetenzbereich, ergĤnzende Ermittlungen vorzunehmen, wobei allerdings auch sie die rechtlichen Vorgaben aufgrund von datenschutzrechtlichen Regelungen, des internationalen bzw. Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â zwischenstaatlichen Rechts und der allgemeinen GrundsÄxtze der Beweiswļrdigung, zu beachten hat. Die Beklagte hat somit im Rahmen des Amtsermittlungsgrundsatzes die Ermittlungen selbst vorzunehmen und kann ihre Ermittlungspflichten nicht zur GĤnze auf den Arbeitgeber abwÄxlzen. Dieser ist keine BehĶrde i. S. der §Â§ 1 Abs. 2, 20 SGB X und besitzt demzufolge auch keine Ermittlungsbefugnisse oder das Recht, andere Behörden um Amtshilfe zu ersuchen (§Â§ 3 â∏ 7 SGB X). Die Beklagte muss daher die Frage, ob die o. g. SaisonarbeitskrÄxfte in den streitigen ZeitrÄxumen als Hausmänner bzw. berufsmäÃ∏ig tätig waren, selbst klären â∏∏ etwa durch ergĤnzende Befragung der SaisonarbeitskrĤfte und Beiziehung der von ihr fþr erforderlich Â gehaltenen Belege und Bestätigungen. Sofern dies nicht gelingt, geht nach der o. g. hA¶chstrichterlichen Rechtsprechung die Nichtfeststellbarkeit der BerufsmäÃ∏igkeit zu Lasten der Beklagten.

Die Zurückverweisung ist auch sachdienlich i. S. des § 131 Abs. 5 SGG. Sachdienlich ist eine Zurückverweisung dann, wenn die begründete Möglichkeit besteht, dass die noch erforderlichen, erheblichen Ermittlungen wegen der personellen und sachlichen Ausstattung der Â Behörde schneller vor sich gehen als bei Gericht. Diese Voraussetzungen sind hier erfüllt. Dabei kann dahinstehen, ob die Arbeitnehmer X. und W. schon deshalb nicht als versicherungsfrei anzusehen waren, weil sie wegen anderer Beschäftigungsverhältnisse die Kurzzeitigkeitsgrenze überschritten haben. Ob dies zutrifft sei dahingestellt, da die von der Â Beklagten erst im Klageverfahren übersandten und geschwärzten Unterlagen sich jedenfalls derzeit nicht überprüfen lassen. Vielmehr hält die Kammer allein schon in Ansehung des Arbeitnehmers Y. die von der Beklagten unterlassenen Ermittlungen

und anschlie \tilde{A} enden rechtlichen Bewertungen f \tilde{A}^{1} 4r zu komplex, als dass sie durch das Sozialgericht in sinnvoller und z \tilde{A}^{1} 4giger Art und Weise nachgeholt werden k \tilde{A} ¶nnten. Die Beklagte kann die Ermittlungen demgegen \tilde{A}^{1} 4ber wegen der Nichtf \tilde{A} ¶rmlichkeit des Verwaltungsverfahrens ($\frac{\hat{A}}{\hat{S}}$ 9 SGB X) schneller durchf \tilde{A}^{1} 4hren. Da sich jede Abweichung auf die Berechnung der S \tilde{A} xumniszuschl \tilde{A} xge und der \hat{A} \hat{A} \hat{A} Gesamtforderung auswirken w \tilde{A}^{1} 4rde, kann die Beklagte au \tilde{A} erdem m \tilde{A} ¶gliche Neuberechnungen mit der ihr zur Verf \tilde{A}^{1} 4gung stehenden EDV ohne gr \tilde{A} ¶ \tilde{A} eren Aufwand vornehmen. Diese M \tilde{A} ¶glichkeit besitzt die Kammer nicht. Die vorzunehmenden Ermittlungen sind daher auch nach Art und Umfang erheblich und auch unter Ber \tilde{A}^{1} 4cksichtigung der Belange der Beteiligten sachdienlich \hat{A} \hat{A} (\hat{A} § 131 Abs. 5 S. 1 SGG). Aus diesen Gr \tilde{A}^{1} 4nden ist eine Zur \tilde{A}^{1} 4ckverweisung gem. \hat{A} § 131 Abs. 5 SGG hier sachgerecht. Mit dieser Vorschrift sollen den Gerichten zeit- und kostenintensive \hat{A} \hat{A} \hat{A} \hat{A} Ermittlungen erspart werden, die eigentlich bei den Beh \tilde{A} ¶rden liegen und von diesen unterlassen wurden.

Die Zurückverweisung liegt schlieÃ∏lich auch innerhalb der Sechsmonatsfrist des <u>§ 131 Abs. 5 S. 5 SGG</u>, da die Akten der Beklagten am 23.06.2022 beim SG Lüneburg eingegangen sind und daher zum Entscheidungszeitpunkt die bis zum 23.12.2022 laufende Frist noch nicht ausgeschöpft war.

Die Entscheidung konnte durch Gerichtsbescheid erfolgen, da der Sachverhalt â soweit es die Entscheidung gem. § 131 Abs. 5 SGG betrifft â gekl A xrt ist und die Beteiligten hierzu geh A \text{ fr wurden (A \text{ 105 SGG)}}. Es handelt sich auch nicht um eine Sache, die in tats A xchlicher oder rechtlicher Hinsicht besondere Schwierigkeiten aufweist, da der Umfang der Amtsermittlungspflicht und Voraussetzungen unter denen eine Berufung auf die objektive Beweis- und Feststellungslast m \text{ figlich sind, bereits seit langem durch die h \text{ fichstrichterliche Rechtsprechung gekl A xrt sind.}

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 1</u>97a SGG i. V. m. <u>§ 154 Abs. 1 VwGO</u>.

Â

Erstellt am: 12.05.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024